

## Aktionen und Forderungen rund um die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und der Arbeitszeitkonten von Lehrkräften

### Eine Auswahl (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

#### 2003

- Im Januar wird die Wochenarbeitszeit der Beamt\_innen des Landes Berlin auf 42 Stunden erhöht. Die Unterrichtsverpflichtung der verbeamteten und angestellten Lehrkräfte wird schulformabhängig in unterschiedlichem Umfang erhöht. Anschließend tritt das Land Berlin aus allen Arbeitgeberverbänden aus, was zu einem „Einfrieren“ der bestehenden Tarifverträge führt.
- Im August wird die Arbeitszeiterhöhung der Beamt\_innen nach den „Solidarpaktverhandlungen“ wieder zurückgenommen, allein die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte bleibt. Für verbeamtete Lehrkräfte werden die Arbeitszeitkonten, zwei unterrichtsfreie Tage pro Schuljahr sowie eine Präsenztage in den Sommerferien eingeführt. Für angestellte Lehrkräfte gibt es zunächst keine Arbeitszeitguthaben und keine unterrichtsfreien Tage.
- Die GEW BERLIN ruft die von der Pflichtstundenerhöhung betroffenen Mitglieder zu Widerspruch/Geltendmachung auf. Es werden Klagen bis zum Bundesverwaltungsgericht bzw. Bundesarbeitsgericht geführt.
- Am 27. Juni 2003 protestieren mehrere Tausend Berliner Lehrkräfte gemeinsam mit Eltern und Schüler\_innen während der Unterrichtszeit gegen die Pflichtstundenerhöhung.
- Die GEW BERLIN unterschreibt als einzige Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes den Anwendungstarifvertrag Land Berlin nicht. Der Tarifvertrag beinhaltet die Kürzung der Gehälter um 8/10/12 Prozent bei gleichzeitiger Absenkung der Arbeitszeit. Für Lehrkräfte hätte diese eine Absenkung um 10 oder 12 Prozent bedeutet, ohne dass die Unterrichtsverpflichtungserhöhung zurückgenommen worden wäre.
- Weil es keinen Tarifvertrag gibt, gelten auch die Arbeitszeitkontentage für angestellte Lehrkräfte zunächst nicht. Nur mit Neueingestellten werden Verträge abgeschlossen, die einerseits die Arbeitszeitkontenregelungen umfassen, aber andererseits die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie von Altersermäßigung mittelbar beinhalten. Die Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld auch für Neueingestellte und die Gewährung der Altersermäßigung für angestellte Lehrkräfte werden später gerichtlich von der GEW BERLIN durchgesetzt.
- Am 15. August 2003 findet eine Protestveranstaltung gegen die Präsenztage statt.

#### 2004

Auf mehreren Personalversammlungen werden im November Unterschriftensammlungen mit Forderungen nach Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung, Beibehaltung der Altersermäßi-

gung und Entlastungen durchgeführt. 2.500 Lehrkräfte unterschreiben die Forderungen.

#### 2005

Im Februar 2005 werden die „Bögertage“, d. h. jeweils ein flexibler freier Tag und ein fixer freier Tag vor den Sommerferien anstelle der zwei unterrichtsfreien Tage eingeführt, zu-

nächst auch wieder nur für die Beamt\_innen und neu eingestellte angestellte Lehrkräfte. Die Altersermäßigungen für verbeamtete Lehrkräfte werden verboten.

#### 2006

Die LDV beschließt die Kampagne „Minus 5“ zur Arbeitsentlastung von Lehrkräften.

## 2008

- Die GEW BERLIN verhandelt den Übergangs-TV Lehrkräfte Berlin.
- Die Altersermäßigung wird für alle, die vor dem 1. März 2005 eingestellt worden sind, deren Arbeitsverhältnis zum Land Berlin seither ununterbrochen als Lehrkraft fortbestand und die vor dem 1. September 2008 mindestens das 50. Lebensjahr vollendet haben, vereinbart.
- Die geänderte AZVO gilt wieder dynamisch. Auch angestellte Lehrkräfte erhalten nun die AZK-Tage und die „Böbertage“.

## 2009

- Januar 2009: Auf einer Konferenz der Tarifkommission werden Forderungen zur Verbesserung der Arbeitssituation angestellter Lehrkräfte aufgestellt. Hierzu gehört die Senkung der Pflichtstundenzahl auf ein einheitliches Niveau für alle Lehrkräfte.
- Die GEW BERLIN beginnt mit einer weiteren Kampagne zur Entlastung der Lehrkräfte. Das Motto heißt: ALTE STÄRKEN
- Ziel sind unterschiedliche Maßnahmen zur Arbeitsentlastung und Gesundheitsförderung. Hierzu gehören Vorschläge zur Umwandlung von AZK-Tagen in Unterrichtsermäßigung.
- Alle Lehrkräfte unter den Mitgliedern, die älter als 54 sind, werden zu einer Versammlung eingeladen. Es nehmen etwa 80 Kolleg\_innen teil.

## 2010

- Als erste Phase der Kampagne wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Innerhalb von 4 Wochen unterschreiben mehr als 10.000 Kolleg\_innen die Forderungen nach altersentlastenden Maßnahmen
- 17. November 2010: Etwa 1.500 Kolleg\_innen versammeln sich nach der Arbeitszeit auf dem Alexanderplatz zu einer Protestkundgebung mit anschließender Demonstration zur Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Forschung.

## 2011

Januar 2011

- Senator Zöllner spricht mit der GEW über das Thema „arbeitsentlastende Maßnahmen für ältere Lehrkräfte“.
- Im Ergebnis sieht er keinen Spielraum zur Finanzierung auch nur einer der vorgeschlagenen Maßnahmen. Ziel des Gespräches mit Zöllner sollte eine Vereinbarung zwischen der GEW BERLIN und SenBWF sein
- Statt der erwarteten 2.000 Kolleg\_innen folgen nahezu 6.000 Lehrer\_innen dem Aufruf.

27. Juni 2011

- Der Landesvorstand ruft zur Beteiligung an der 2. Bildungsdemonstration des Bündnisses am 10. September auf.
- Er beschließt, zur Fortführung der Kampagne „Alte Stärken“ für den 28. September einen ganztägigen Streik- und Protesttag vorzubereiten.

Februar 2011

- Die GEW BERLIN führt eine Mitgliederbefragung durch und gibt das Resultat bekannt. Mehr als 92 Prozent antworten, dass sie sich an kurzfristigen Arbeitsniederlegungen beteiligen wollen, über 80 Prozent erklären sich auch zu ganztägigen Streikmaßnahmen bereit.
- Auf einer Vertrauensleutekonferenz der GEW BERLIN wird der Vorstand aufgefordert, die Lehrer\_innen zu „unbotmäßigen“ Maßnahmen aufzurufen.

10. September 2011

- 6.000 Schüler\_innen, Eltern, Erzieher\_innen und Lehrer\_innen demonstrieren für „Eine bessere Schule in Berlin und mehr Bildung von Anfang an!“

22. September 2011

- Auf einer außerordentlichen Landesvorstandssitzung wird deutlich, dass die Streikbereitschaft offensichtlich zu gering ist, um die geplante Arbeitsniederlegung erfolgreich gestalten zu können. Der Streikbeschluss wird deshalb ausgesetzt.

5. April 2011

- Die GEW ruft alle Lehrkräfte auf, um „5 vor 12“ den Unterricht zu beenden und sich um 13:00 Uhr zu einer zentralen Demonstration vom S-Bahnhof Friedrichstraße zum Alexanderplatz zu versammeln.

November 2011

- In der Koalitionsvereinbarung wird die Beendigung des weiteren Aufwuchses der Arbeitszeitkonten angekündigt.

## 2012

7. Juni 2012

- 600 Lehrkräfte protestieren in der Bernhard-Weiß-Straße gegen die Arbeitsbelastungen.

Aus Anlass der Ankündigung in der Koalitionsvereinbarung führt die GEW BERLIN Gespräche mit SenBJW.

- Die GEW fordert eine vollständige Kompensation der AZK-Tage und Wahlmöglichkeiten zum Ausgleich der vorhandenen Arbeitszeitkontentage.
- Neben der Blockfreistellung vor dem Eintritt in den Ruhestand schlägt die GEW BERLIN auch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung in den letzten Berufsjahren oder eine finanzielle Abgeltung auf Antrag vor.
- Die GEW BERLIN fordert die Wiedereinführung der Altersermäßigung.

November 2012

- Auf Personalversammlungen werden Postkarten mit dem Motto „Wir lassen uns nicht veräppeln“ unterschrieben, die direkt an die Senatorin gerichtet sind.

## 2013

Januar 2013

- Annähernd 7.500 Menschen haben die Petition der GEW BERLIN gegen eine Abschaffung der Arbeitszeitkonten ohne volle Kompensation unterzeichnet.

22. April 2013

- Bildungssenatorin Scheeres verkündet mit dem Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum sogenannte Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrer\_innenberufes.
- Die Personalräte organisieren Teilpersonalversammlungen, auf denen über die Maßnahmen informiert wird.
- Im Zusammenhang mit den Teilpersonalversammlungen, an denen mehrere 1.000 Lehrkräfte teilnehmen, kommt

## 2014

8. Januar 2014

- Übergabe der ausgedruckten Online-Petition gegen die Arbeitszeiterhöhung.

In einem erneuten Organisationsschreiben, das Frau Scheeres persönlich unterschreibt, revidiert sie die Aussagen vom

Dezember 2012

- Die Angebote der Senatsverwaltung beinhalteten keine vollständige Kompensation und sollen Alte gegen Junge ausspielen.
- Der Stand der Gespräche wird in Mitgliederversammlungen in allen Regionen und in der Abteilung berufsbildende Schulen vor- und zur Abstimmung gestellt.
- Im Ergebnis bricht die GEW BERLIN die Gespräche ab.

Die GEW BERLIN erklärt:

- „An einem solchen Betrug und damit einer weiteren Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte können wir uns nicht beteiligen, so auch das eindeutige Mandat aus allen Mitgliederversammlungen. Wir fordern den vollständigen Ausgleich für alle Lehrkräfte. Da die endgültige Entscheidung durch den Finanzsenator und Wowereit noch nicht gefallen ist, müssen wir jetzt Druck entfalten.“
- 300 Kolleg\_innen beteiligen sich am 06.12.2012 an einer kurzen Demonstration von der Senatsfinanz- zur Senatsbildungsverwaltung.

es zu einer weiteren Kartenaktion, einer Kundgebung und einer Demo mit Kundgebung.

November 2013

- Am 20. November 2013 verschickt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ein erstes Organisationsrundschreiben, in dem sie unter anderem die Wiedereinführung der Altersermäßigung für Lehrkräfte ab dem 56. bzw. ab dem 58. Lebensjahr, den Wegfall der Arbeitszeitkonten und die Einführung zusätzlicher Präsenztage ankündigt.
- Drei weitere Schreiben werden folgen.
- 10000 Kolleg\_innen unterzeichnen eine Online-Petition gegen den drohenden Arbeitszeitbetrug.

20.11.13 teilweise und verkündet: Altersermäßigung soll doch für alle gelten!

2. Juni 2014

- In einem vierten Schreiben wird alles wieder zurückgenommen.

- Der Finanzsenator hat sich durchgesetzt. Statt der angekündigten 7 Tage sollen nun 8 Tage für eine Ermäßigungsstunde pro Woche und Jahr vom Konto abgezogen werden und die Altersermäßigung wird doch an die Unterrichtsverpflichtung gekoppelt.

Erneut ruft die GEW BERLIN zum Protest auf. 7500 Schreiben gehen im Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses ein.

Weitere 4000 individuelle Schreiben hat die GEW BERLIN erhalten.

12. Juni 2014

- Die Schreiben werden vor der Sitzung des Bildungsausschusses den Bildungspolitiker\_innen übergeben.

26. August 2014

- Der Senat beschließt die Änderungen.

11. September 2014, 0:00 Uhr

- Die Änderungen treten in Kraft!

11. September 2014, 16:28

- Die GEW BERLIN verschickt ein Info an alle Lehrkräfte, informiert über die Änderungen und fordert zu Widersprüchen und Geltendmachung von Ansprüchen auf.

12. September 2014

- Ausgesuchte Kolleg\_innen erhalten einen Brief, mit dem ihre Bereitschaft zur Führung von Musterklagen erfragt wird.